

Bezugsgebühr:

Gewöhnlich für Dresden bei täglich
gewöhnlicher Ausgabe durch unsere
Sous- und Postagenten nur einmal
30 Pf. bis 50 Pf., durch auswärtige Aus-
gabensteuer 2 Mk. bis 3 Mk. 50 Pf.
Bei auswärtiger Ausgabe durch die
Post 5 Mk. ohne Belehrung, im Rück-
land mit entsprechendem Zuschlag.
Rohbraud oder Kreissel u. Original-
Ausgaben nur mit deutlicher
Gebührenabrechnung. Dresden, Radebeul,
Radeberg, Rosenthal, Coswig, Leubnitz-
und Wahnsdorf bleiben unberücksichtigt;
unbekannte Postanstalten werden
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakao, Desserts.

Gegründet 1856.

Einzelverkauf Dresden. Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carit.

Einnahme von Anzeigen
bis mitternacht 3 Uhr. Sonn- und
Feiertage zur Mitternacht 22 Uhr
12 bis 13 Uhr. Die 1. Halbjahrzeit
setzt von 8 Uhr bis 20 Uhr. An-
zeigungen auf der Brunnensäule
zu 10 Pf.; die zugehörige Seite als „Ein-
gründung“ oder auf Tafeln zu 10 Pf.
Am Samstag nach Sonn- und Feier-
tagen 1- bis 2-malige Grundsteuer
zu 40 bis 60 und 80 Pf. nach be-
sonderem Taxat. Ausdrucke An-
zeige nur gegen Vorwerbungsum-
trag. Abgekündigte werden mit 10 Pf.
belastet.

Bernhardstrasse:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Weihnachts-Ausstellung
praktischer, preiswerter Geschenke
G. Ritter, Möbelfabrik
Marschallstrasse 3, Elbberg 1.

Chirurg. Gummiwaren
Luftkissen, Birn- und Ball-Spritzen, Sauger, Schläuche, Unter-
lagestoffe etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 1. 250.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. 1. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas. elektr. Licht. Petroleum. Kerzen.

Geradehalter,

welcher beim Lesen und Schreiben das Krummen verhindert, dem Körper eine gerade, gesunde Haltung gibt und gleichzeitig mit die Hosenträger ersetzt, empfiehlt

Carl Wendschuchs
Etablissement

Struvestrasse 11.

Nr. 319. Spiegel: Bewegung im Arztestand. Buchtag. Pötterieverbote. Stadtverordnetenwahlen. Augenklinik. Geistheitsverhandlungen. Pöttereliste. Wirtschaft. Witterung: Wild, uebel.

Wittwoch, 18. November 1903.

Die Bewegung im Arztestand.

Der Stand der Ärzte befindet sich gegenwärtig in einer gähnenden Bewegung, deren Ziel die Errichtung wissenschaftlicher Schutzwällen gegen die der erfolgreichen Ausübung des ärztlichen Berufes von verschiedenen Seiten her drohenden Gefahren bildet. Es handelt sich dabei sowohl um die unverhüllte Aufrechterhaltung der Ehre und des Ansehens der Arzteschaft, als auch um möglichste Unterstützung des Kurzschluchts aller Schattierungen sich hervorbringenden unlauteren Weltbewerbes, durch dessen gewissenlose Machinationen und Praktiken auf Kosten der allgemeinen Gesundheit die wirtschaftliche Lage der Ärzte schwer bedroht und verabscheut wird. Außerdem aber ist neuerdings noch ein anderer Faktor in die Erscheinung getreten, der in dem Kampfe der Ärzte um ihre Existenz zur Zeit eine besonders herausragende Rolle spielt, nämlich die aus Grund der Reichsarbeiterversicherung eingeführten Ortskassenklassen, die durch die Art der von ihnen größtenteils beliebten Behandlung der Ärzte und durch die vielfach ganz unqualifizierte Geringfügigkeit der von ihnen gezahlten Honorare ein erhebliches Teil zu der in bedeutschem Maße fortwährenden Proletarisierung des ärztlichen Standes beigetragen haben.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung des Kurzschluchts und des nachträglichen Schutzes der Standesehrte hat die Arzteschaft bereits erfreuliche Fortschritte, die aber freilich erst die Ansätze einer gründlichen Besserung darstellen, aufzuweisen, insoweit in allen größeren Bundesstaaten gelehrgabe Maßnahmen der bezeichneten Art teils bereits ergriffen worden sind, teils unmittelbar in Aussicht stehen. Für Sachsen speziell ist davon zu erinnern, daß dem gesetzgebenden Landtage in den seines Grundzuges bereits mitgeteilte Entwurf einer ärztlichen Ehrengerechtsamkeit vorliegt. Um ferner den übermäßigen Zugang zu der ärztlichen Laufbahn nach Kräften einzuschränken, ist die berufliche Vertretung der Arzteschaft fortlaufend bemüht, der heranwachsenden akademischen Jugend die sozialen Unzulänglichkeiten einer weiteren Überfüllung des medizinischen Studiums eindringlich vor Augen zu führen. So verhindert jetzt wieder der Bereichshüter des ärztlichen Bezirksvereins München eine mit stattdurchsetzung belegte Warnung, in der die Aussichten für das Studium der Medizin als „außerordentlich schlecht“ bezeichnet werden. Obgleich der Bedarf auf zwei Jahrzehnte hinaus mehr als gedeckt ist, läßt der Zugang noch immer nicht nach, vielmehr hat sich die Zahl der Ärzte in den letzten zwei Jahren wieder um 12 und 16 Prozent gegen die Vorjahre erhöht. Es gibt jetzt in ganz Deutschland mehr als 23 200 Ärzte, mehr als doppelt so viel wie im Jahre 1876, während die Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum nur um 1% gewachsen ist; in Sachsen allein ist die Zahl der Ärzte von 1100 im Jahre 1888 auf 1904 im Jahre 1903 gestiegen.

Die hochgradige Überfüllung des ärztlichen Berufes hat durch mit ihr verbundene Entwertung der ärztlichen Arbeit den Boden vorbereitet, auf dem die jüngst heftigen Kämpfe zwischen Ärzten und Krankenkassen entbrennen. Die Überstände, die zu den herrschenden schwierigen Gegensätzen zwischen den bezeichneten fakturierenden Veranlassungen gegeben haben, sind teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur. Politische Gesichtspunkte in die rein lachliche Materie der ärztlichen Behandlung der Mitglieder der Ortskassenklassen hineingetragen zu haben, ist das „Verdienst“ der sozialdemokratischen Partei, deren sich die genannten Institute durchgehend erfreuen. Über das Kapitel Sozialdemokraten als Arbeitgeber sind ja in letzter Zeit hinsichtliche Entzündungen von den verschiedensten Seiten gemacht worden und aus dem eigenen Lager heraus mehren sich die Stimmen von schamlos untrüchtigen und entrichteten „Genossen“, die sich nach den Fleischbuden des Unternehmersmarkt anziehen. Besonders markant aber werden in diesem sozialdemokratischen Kulturbilde stets die gegen den ärztlichen Stand verübten Übergriffe bleiben, weil sie mit vernichtender Deutlichkeit beweisen, welche Würdigung die führenden „Genossen“ gerade einer Arbeit von so hoher geistiger und ethischer Bedeutung, wie sie der Tätigkeit des Arztes eigen ist, angedeihen lassen. Die einzelnen Kassenärzte sind vielfach in der unvorbildlichsten Weise von den Kassenvorständen behandelt und angefeindet worden wie die Rektoren, und wenn sie dagegen zu demonstrieren „wagten“, so hielt es einfach: „Hier sind wir die Herren!“ Ja, die Leiter der Kassen haben die Dreistigkeit stellenweise selbst so weit getrieben, daß sie versuchten, den Kassenärzten ihre politischen Anschauchungen auszudrängen und sie aus das sozialdemokratische Parteioprogramm zu verpflichten. Hand in Hand mit dieser verleugnenden persönlichen Art des Verlebens mit den Ärzten geht bei den Ortskassenklassen eine Preisdrückerei bei den Honoraren, die auch den bescheidensten Anforderungen eines angemessenen Verhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung direkt ins Gesicht schlägt. Einige Beispiele mögen hierfür als Beleg dienen. Während die Kassen durchgängig finanziell so gutgestellt sind, daß sie ihre Leistungen für die Versicherten auf das Zweie- bis Vierfache des gesetzlichen Minimums zu erhalten vermöchten — ihre Überschüsse belieben sich bereits im Jahre 1897 auf 189½ Millionen Mark —, muß der an solchen Kassen tätige Arzt den einzelnen Patienten für 20 bis 80 Pf. im Hause aufsuchen und sich für 15 bis 45 Pf. konsultieren lassen;

vielfach geht sogar die Einnahme aus einem Besuch noch weiter hinunter bis zu 17, 14 und 12 Pf. So bei verschiedenen hessischen und thüringischen Kassen. Man sollte einem Dienstmann heute einmal zumuten, für eine derartige horrende Bezahlung einen einfachen Gang zu machen! Den wissenschaftlich gebildeten Ärzten aber so etwas zu bieten, darin finden die bei den Ortskassenfassen „möglichen Stellen“ nichts Entwürdigendes; aber wohl richtiger, sie begreifen die in solchen Honorarjähren sich befundende Degradation der ärztlichen Tätigkeit allerdings, bestehen aber gerade deswegen darauf, um die, wie sie glauben, in ihre Gewalt gegebenen Ärzte absichtlich zu demütigen.

Das mit dem Geiste der sozialpolitischen Gesetzgebung und mit den Interessen der Versicherten schlechthin unverträgliche Geboren der Kassenvorstände hat schließlich zu einer energischen Abwehraktion der betroffenen Arzteschaft geführt, die neuerdings mehrfach die Gestalt eines Arztestreiks annimmt. Wenn der Vorstand einer Kassenfassung Anordnungen auf dem Gebiete der ärztlichen Behandlung der Kassenmitglieder trifft, welche die beteiligten Ärzte entweder als vertragswidrig, oder als mit ihren Standesinteressen nicht verträglich ansiehen, so pflegen die Ärzte als Antwort auf derartige Maßnahmen ihre Tätigkeit niedergulegen, und verlassen es dem Kassenvorstande, sich anderweitig Ärzte zu verpflichten. Im Zusammenhang hiermit hatte ferner der im Jahre 1902 in Berlin abgehaltene außerordentliche Deutsche Arztestag das Prinzip der Selbsthilfe gegenüber den Übergriffen der Kassen proklamiert, in der Richtung, daß alle ältesten Verträge mit den Kassenfassen gelöscht und neue nur auf der Grundlage der freien Arztestwahl, der Bezahlung der Einzelleistung nach der staatlichen Minimalzelle und der Einsetzung von Schiedsgerichten aus Ärzten und Kassenmitgliedern zur Entscheidung von Streitigkeiten abgeschlossen werden sollen.

Die freie Arztestwahl bildet den Kernpunkt der Reform des Verhältnisses zwischen Ärzten und Kassenfassen. Ihr Zweck ist, die Unabhängigkeit der Ärzte gegen willkürliche Maßnahmen und gegen die Aufdringung der politischen Anschauchungen der Kassenvorstände zu sichern, und zur Erreichung dieses Ziels sollen beiderseits die Bedingungen für die Zulassung zur Kassenpraxis festgelegt und die Kassen verpflichtet werden, jeden Arzt, der bereit ist, die Bedingungen zu erfüllen, zur ärztlichen Behandlung zugelassen. Innerhalb des so umgrenzten Kreises von Ärzten vermag sich dann der einzelne Vertragsarzt den Mann seines Vertrauens selbst auszufüllen. Voraussetzung der wirklichen Durchführung dieses Systems der freien Arztestwahl ist, daß die Ärzte selbst eine eingehende Überwachung der Tätigkeit jedes einzelnen Arztes ausüben und gegen solche Ärzte, die in der Behandlung der Kassenmitglieder oder in der Art der Arzneiverreibung zu Abusus Anlaß geben, unnachgiebig vorzugehen. In Berlin besteht bereits seit Ende 1891 ein Verein der freigewählten Kassenärzte, dem im vorigen Jahre auch die Rechtsfähigkeit verliehen worden ist. In der preußischen Regierung ist namentlich der Handelsminister Möller ein überzeugter und entschiedener Anhänger des Systems der freien Arztestwahl, und diese hat auch in der Arzteschaft selbst die überwiegende Mehrheit für sich. Gleichwohl ist die freie Arztestwahl in ärztlichen Kreisen nicht ohne Widerstand geblieben, und unter den Stimmen dieser Art ist insbesondere ein Artikel von Dr. Preißner in Dresden in der „Agr. der ärztlichen Bezirkvereine Sachsen“ hervorgehoben, in dem es u. a. heißt: „In welcher Weise die freie ärztkostenlose Konkurrenz das sittliche Niveau herabdrückt, obigen wir, das reine Empfinden für das, was wohlausführbar ist, aber nicht, verleiht, lehrt ein Blick auf wirtschaftliche Gebiete, in denen sie herrscht. Man denke an die Zustände im laufmännischen Gewerbeleben (Fabrikuntersuchungen, Inspektion von allen Machenschaften), Zustände, die schließlich die Wiederentwicklung gewisser Schranken vermitteln des Geistes über den unlauberen Wettschwerb notwendig erscheinen lassen.“ In ähnlicher Weise, fürchtet der Verfasser, werde es dem ärztlichen Stande mit der obligatorischen Einführung der allgemeinen freien Arztestwahl angetan werden; es werde ein gegen jetzt noch vermehrter Zustrom zum Studium der Medizin anheben. Indessen verwirkt auch der genannte Dresdner Arzt die freie Arztestwahl nicht grundätzlich, sondern nur, soweit sie obligatorisch für ganz Deutschland eingesetzt werden soll, während er ihrer Verwirklichung nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen das Wort redet.

Bei allem darf nicht übersehen werden, wieviel für eine gebedeckte Lösung aller schwierigen Streitfragen aufzulegen von dem guten Willen der Beteiligten abhängt. Ein beherzigtes Wertes goldenes Wort über diesen Punkt, das die Imperatibilität in dem Verhältnis zwischen Arzt und Patienten hervorhebt, stammt von dem Schriftsteller von Gerhard-Almontor und lautet: „Man soll die Ärzte besser behandeln, damit sie immer besser werden. Die Hingabe und Überfreudigkeit des Arztes wird naturgemäß immer größer, je mehr er sein Streben und Wirken vom Publikum geachtet und geschätzt sieht, je weniger man ihn als einen Mann behandelt, dem man keine Rücksicht und kein Wohlwollen schuldet.“ Das Publikum gewöhne sich in seiner Gesamtheit daran, den Arzt nicht als blohen mechanischen Einwirker auf den Körper zu behandeln, sondern gewähre ihm die moralische und persönliche Ver-

schöning, die er als seelischer Trost, als „Philosoph am Krankenbett“ vollaus verdient. Dann werden die heutigen heftigen Geschwader über die Beziehungen zwischen Ärzten und Patienten, insbesondere auch auf dem Gebiete des Krankenfassens, durch die natürliche Gewalt der von den Versicherten vertretenen öffentlichen Meinung sehr bald beseitigt werden, und es wird ohne Erzeugung weiterer Verbitterung in beiden Lagern der gültige Weg frei sein für diejenigen im Interesse des ärztlichen Ehren- und Erwerbschutzes notwendigen Reformen, deren durchgreifender praktischer Erfolg stets in höherem oder geringerem Grade von dem bereitwilligen Zusammenwirken aller Beteiligten abhängt.

Neueste Drahtmeldung vom 17. November.
Machts eingehende Neveschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat sofort nach Einlauf des Telegramms, das ihm den Tod der Prinzessin Elisabeth von Hessen meldete, dem Großherzog von Hessen ein in den wärmsten Worten gehaltenes Beileidstelegramm gesandt. An der Beisetzungsterlichkeit wird der Kaiser wegen seines Leidens nicht persönlich teilnehmen, sondern einen Vertreter, wahrscheinlich den Kronprinzen, entsenden. Auch die Kaiserin und der Kronprinz haben kondoliert. — Der 43 Jahre alte Karl Reke, seit 7½ Jahren Sekretär, Vertrauensmann und Adjutor des Generalverbandes der Ritter, der der schweren Unfallentzündung verdächtig ist, soll heute früh, als er verhaftet werden sollte, eine Abwesenheit in den Hof. Schwerverdacht wurde er von der nächsten Unfallstation als Polizeizuganger nach der Charité gebracht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler gibt jetzt bekannt, daß der Kolonialrat berufen werde, um Montag, den 30. November, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaale der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zusammenzutreten. — **Sächsische Orden erhielten u. a. und zwar: den Hausorden der Meutekrone General der Kavallerie Edler v. d. Planitz, Generalinspektor der Kavallerie; das Komturkreuz ersten Klasse des Albrechtsordens der Generalmajor Gallwitz und Sigism. v. Arnim, Direktoren im Kriegsministerium; das Komturkreuz zweiter Klasse des selben Ordens Oberst v. Goerne und Burch. Geh. Rat Kriegsrat Weidmann, Abteilungsleiter im Kriegsministerium; das Offizierskreuz des selben Ordens Wirk. Geh. Kriegsrat Selle und Geh. Kriegsrat Schalze, Porträtingenieure Klasse im Kriegsministerium; das Ritterkreuz ersten Klasse mit der Krone des selben Ordens Major Graf v. Ranitz, Adjutant des Kriegsministers, und Major Neven du Mons im Kriegsministerium; das Ritterkreuz erster Klasse des selben Ordens Major v. Bärensprung, Adjutant der Generalinspektion der Kavallerie, Major Graf v. d. Großen im Generalstab des Gouvernements von Berlin, Hauptmann Schäffer im Kriegsministerium, Rittmeister Kreß in Gewittingen, Adjutant der Generalinspektion der Kavallerie, und Rechnungsmeister Schröder, Bureauvorsteher im Großen Generalstab; das Großkreuz zweiter Klasse des selben Ordens der Geh. expedierende Sekretär Ball im Kriegsministerium, Rittmeister Lindenberg und Registrator Kobus im Großen Generalstab.**

Berlin. (Prozeß-Wileika.) Die Oberpostdirektion Bojen teilt mit, daß die Verzögerung des Prozesses vor der Geburt an Dr. Kosiuski berichtet. Telegramms nicht auf ein Verhulden des Großvaters zurückzuführen ist. Ministerialrat Dobromann gibt hierauf das Gutachten ab, die Angeklagte Kowitzowska habe nicht derartige Erinnerungsstücke, daß sie über wichtige Ereignisse keine Erinnerung mehr hat. Die Gräfin habe keinerlei Angaben einer seelischen Krankheit. Landrichter Blakmann, der während des Prozesses die wegen Verdachtes des Meineids verhaftete Kowitzowska als Unterbringungsvorwurf vernahm, erklärt, von Eindruck einer absolut konträren und schwachsinnigen Person zu haben. Darauf scheint sich eine lebhafte Kontroverse mit der Beleidigung über die Berechtigung der Verteidigung des Kowitzowska für den Prozeß.

Berlin. Bei der Ausicht auf eine besondere Steigerung im Verbrauch von denaturierter Branntwein hat der Gesamt- auschuß der Zentrale für Spiritusverwertung beschlossen, die Produktion der für 1903/04 gebundenen landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien um 10 Prozent zu erhöhen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Wahlausschuss der vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg hat das Wahlkompromiß mit den Sozialdemokraten abgelehnt.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Auf Anregung einer Anzahl hiesiger Mitglieder des Bundes deutscher Bodenreformer hat der Gesamt- auschuß der Zentrale für Spiritusverwertung beschlossen, die Produktion der für 1903/04 gebundenen landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien um 10 Prozent zu erhöhen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Wahlausschuss der vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg hat das Wahlkompromiß mit den Sozialdemokraten abgelehnt.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die Trauerfeierlichkeiten für die verstorbenen Prinzessin Elisabeth werden nach Mitteilungen des „Mainzer Tageblatts“ aus Darmstadt frühestens am Freitag in stiller, eindrücklicher Weise erfolgen. Der Zar hat telegraphisch die Beileitung nach Darmstadt kommen lassen: „Wir kommen alle mit dem Großherzog nach Darmstadt.“ Mit den Trauerausführungen ist, entsprechend der jungen Jugend der Verstorbenen, die weiße Farbe bestimmt worden.

Kostol. Der Großherzog begab sich heute nach Warthe-

münde zum Empfange des Prinzen und der Prinzessin Christian von Dänemark und fuhr später mit seinen Gästen nach Kostol.

Wien. (Priv.-Tel.) Der Junglöwen-Club wird in einer der nächsten Sitzungen des Reichsrats den Antrag einbringen, die Regelung wegen der Einführung der Sur-Taxe auf Jäger in den Jagdgebäuden zu verstehen. — Gestern wurde ein Gefreiter des 22. Jägerbataillons namens Dujel verhaftet, weil er beim Exzerzieren dem Rekruit Walther mit dem Bajonettt einen Stoß versetzt hatte, der den Tod Walthers herbeiführte.

BRONZEN
• Bernhard Schäfer
deutsche und französische
Prager Straße 2.